



Gen-ethischer Informationsdienst

Die Demografielüge

Statistik: unsicher und manipulativ

AutorIn

[Ulrike Baureithel](#)

Die bevölkerungspolitische Drohkulisse behauptet Sachzwänge, wo es um gerechte Verteilung zwischen Arm und Reich gehen müsste. Die dafür präsentierten Statistiken und Prognosen erweisen sich beim genaueren Hinsehen als instabil oder tendenziös.

„Wer nicht gutwillig gehorcht, sondern sich im Staate wie ein Fremdling und Sonderling anstellt und bis zum 35. Lebensjahre keine Ehe schließt, der soll alljährlich eine Geldstrafe bezahlen und zwar einer aus der obersten Vermögensklasse 100 Drachmen, einer aus der zweiten Klasse 70, aus der dritten 60 und aus der vierten endlich 30 Drachmen.“¹

Schon der altgriechische Staat hatte seine Methoden, um die mit Eheabstinenz verbundene Kinderlosigkeit zu maßregeln. Der Strafzoll erinnerte den männlichen Teil der Polis an ihre Bringschuld an Nachkommen. So altertümlich, wie es scheint, ist diese Ablassordnung nicht: So gut wie jedes europäische Land begünstigt Ehe und Kinder qua Steuerrecht und Sozialzulagen, während säumige Kindermacher direkt oder indirekt zur Kasse gebeten werden: In Deutschland etwa müssen Kinderlose seit 2005 0,25 Prozent mehr Beitrag an die Pflegekasse entrichten.

Demografische „Normalität“?

Platos Drohkulisse ist dokumentiert in einem Band, der in der Suada der demografischen Katastrophenszenarien eine wohlthuende Ausnahme darstellt: Karl Otto Hondrichs kurz nach seinem Tode 2007 veröffentlichte Studie über den „Glücksfall des Geburtenrückgangs“ entzieht sich nämlich nicht nur den gängigen Untergangphantasien, die davon handeln, dass „die Deutschen aussterben“, die Kinderarmut den „Standort Deutschland“ gefährde oder die kommenden Alten ohne Auskommen dahinvegetieren müssen. Sie stemmt sich auch gegen die Vorstellung, Geburtenraten seien politisch steuerbar. „Demografische Stabilität als Normalität“, wie sie uns Bevölkerungsstatistiker und politische Demagogen gemeinsam mit einer willigen Journaille weismachen wollen, gebe es nämlich nicht, so der Soziologe. Bewegungen in der Bevölkerungsstruktur seien ebenso normal wie tektonische Bewegungen der Erde, nur dass sie von sozialen, nicht von natürlichen Kräften ausgelöst würden. Seine unaufgeregte Bilanz, die die positiven Effekte von Bevölkerungsstagnation und sogar -rückgang herausstellt, steht in krassem Gegensatz zu jenen demografischen Apokalypsen, die aus der „vergreisten Republik“, dem „Krieg der Generationen“, dem Methusalem-Komplott, der „demografischen Zeitenwende“ oder gar der „demografischen Bedrohung“

politisches Kapital schlagen, das heißt den Umbau des Sozialstaates rechtfertigen und von politischen Auseinandersetzungen - etwa um die ungerechte Verteilung von Ressourcen - ablenken wollen.² Der dramatisch medial aufgeblasene Geburtenrückgang suggeriert eine Alternativlosigkeit des Handelns, gleichgültig, ob es um die Privatisierung der Daseinsvorsorge für eine künftige „Altenrepublik“ oder um Verteilungskämpfe zwischen den Generationen geht. Dabei ist der demografische Diskurs nicht nur altenfeindlich, sondern auch höchst frauenfeindlich unterlegt: „Was ist nur mit den Frauen los?“, fragt etwa „Die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ und fordert, dass es mit der „Pervertierung des Mutterseins“ endlich ein Ende haben müsse.³ Auffallend ist im Kanon des neuen Mütterglücks, dass die nationale und soziale Herkunft des Nachwuchses immer noch ein „Qualitätsmerkmal“ ist, denn nicht jedes Kind ist gleich willkommen.⁴ Stimmen, die sich dem konzertierten Demografen-Chor entgegenstellen, sind selten und dringen kaum durch, weil das Interesse an der „Biologisierung und Ethnisierung des Sozialen“ in Zeiten der Krise als Deutungsmuster dominant wird.⁴

Statistische Verwirrspiele

Es sind indessen zwei ganz unterschiedliche statistische Ereignisse, die die Demografiedebatte bestimmen: Die zurückgehende Geburtenzahl einerseits und andererseits die - verbunden mit einer längeren Lebenserwartung - als „Überalterung der Gesellschaft“ gebrandmarkte Verschiebung des Bevölkerungsaufbaus. Die Schreckensszenarien handeln einerseits vom angenommenen „Gap“ zwischen (zu) wenig Jungen und (zu) vielen Alten, aber auch von dem relativ kleinen Bevölkerungsanteil, der zukünftig aktiv im Erwerbsleben steht, das Bruttosozialprodukt beibringen, in die Sozialkassen einbezahlen und gleichzeitig auch noch die steigende Zahl von Alten betreuen soll. Zunächst zu den Fakten: Derzeit wächst die deutsche Bevölkerung trotz der Lücke, die zwischen Lebendgeburten (zwischen 660.000 und 680.000) und Sterbefällen (zwischen 860.000 und 880.000) besteht.⁵ Der positive Saldo resultiert aus einer Nettozuwanderung von geschätzten 340.000 Menschen. Von „Entvölkerung“ kann in der Bundesrepublik mit fast 82 Millionen Einwohnern derzeit also kaum die Rede sein. Richtig ist aber, dass die Geburtenrate - mit kleineren Schwankungen - in Deutschland sinkt, die durchschnittliche Kinderzahl fiel von 2,2 Ende der siebziger Jahre auf rechnerisch derzeit knapp 1,36 je Frau. Ein Grund dafür ist, dass der Anteil der Frauen, die lebenslang kinderlos bleibt, in diesem Zeitraum gestiegen ist, ein zweiter, dass sich das Alter, in dem Frauen ihr erstes Kind bekommen, nach hinten verschiebt. Das beeinflusst die so genannte Kohortenfertilität, das heißt Frauen bekommen in der fruchtbarsten Phase (bis zum 30. Lebensjahr) heute seltener Kinder als früher.⁶ Doch einmal abgesehen davon, dass sinkende Geburtenzahlen von jeher auf den steigenden Wohlstand einer Gesellschaft verweisen, meldete das Rostocker Institut für demografische Forschung kürzlich einen gewissen Umkehrtrend, insofern Frauen ab Jahrgang 1969 erstmals wieder mehr Kinder als ihre älteren Schwestern bekommen; für den Geburtsjahrgang 1979 wird die endgültige Kinderzahl voraussichtlich bei knapp 1,6 liegen.⁷ Demografische Statistiken lassen sich also nicht einfach hochrechnen auf Zeitspannen von 50 Jahren und mehr, weil Reproduktionsentscheidungen abhängig sind von individuellen Lebensstilen, sozialem Umfeld und Ansprüchen an die eigene Selbstverwirklichung - all das ist über so lange Zeiträume nicht vorhersagbar. Das gilt übrigens auch für die eigentlich glücklich stimmende, aber düster an die Wand gemalte steigende Lebenserwartung heute Geborener: Soziale Verwerfungen, Kriege oder Seuchen sind so wenig berechenbar wie das künftige Gesundheitsverhalten oder der für alle zugängliche Stand der Gesundheitsversorgung. Der in Koblenz lehrende Statistiker Gerd Bosbach insistiert immer wieder darauf, Prognosen, die sich auf fernere Zukünfte beziehen, extrem kritisch zu betrachten, und er unterstellt, dass sie in der Regel spezifische Interessen von Politik oder Wirtschaft bedienen.⁸

Alter = Kosten? Versicherungsmathematik

Die Versicherungswirtschaft ist einer der Akteure, die langfristige Prophezeiungen in ihr Geschäftsmodell integrieren, und zwar nicht nur versicherungsmathematisch, sondern auch politisch. Der Allianz-Chef Michael Diekmann verglich das Thema Demografie kürzlich mit dem Klimawandel: „Wir müssen jetzt handeln“, forderte er im Rahmen eines Demografieforums des Konzerns. „Denn wie beim Klimawandel ist

es schmerzhafter, je länger wir warten.“⁹ Begleitet war der Beitrag von einer Grafik, die darüber Auskunft gibt, dass 2060 über die Hälfte der deutschen Bevölkerung über 60 Jahre alt sein wird - ein Horror vielleicht für die leistungspflichtigen Versicherer, aber auch für die Gesellschaft? Es existieren zwei Szenarien über die tatsächliche Entwicklung der zukünftig unbestreitbar älter werdenden Bevölkerung. Die eine besagt, dass sich der Anteil der Jahre, in denen ältere Menschen bei guter Gesundheit sind, erhöht (Kompressionshypothese); die andere, dass sich mit der steigenden Lebenserwartung auch die Pro-Kopf-Ausgaben für Gesundheit und Pflege erhöhen (Medikalisierungsthese).¹⁰ Während das Statistische Bundesamt 2030 mit einer Million Krankenhausfällen und 740.000 Pflegebedürftigen rechnet, weist Bernard Braun dagegen darauf hin, dass das Risiko, pflegebedürftig zu werden, zwischen 2000 und 2008 bei Männern um rund 8 Prozent, bei Frauen sogar um 25 Prozent gesunken ist. Auch die Bremer Gesundheitsexpertin Hilke Brockmann kritisiert den nicht hinterfragten Zusammenhang zwischen chronologischem Alter und Gesundheitsstatus: Mit zunehmendem Alter, so das Ergebnis ihrer Untersuchungen, sinken die besonders zu Buche schlagenden Krankenhauskosten und steigen erst im letzten Lebensjahr signifikant an.¹¹ Die Mär von der „Flut“ alter Menschen, die über Gebühr die Sozialkassen und medizinische und pflegerische Ressourcen beanspruchen, wird also zumindest durch die vergangene Entwicklung widerlegt; allerdings ist damit nicht gesagt, wie sich etwa die künftige Altersarmut auf die Befindlichkeit und den Gesundheitszustand älterer Menschen auswirkt.

Wie viele Malocher braucht das Land?

Was in die Rechnung der demografischen Apokalyptiker überhaupt nicht eingeht, ist, dass es künftig nicht nur mehr (vielleicht sogar gesündere) alte Menschen gibt, sondern auch weniger Kinder und nicht erwerbstätige Jugendliche, die - wie etwa in der Babyboomer-Zeit - private und gesellschaftliche Mittel binden. Ernst Kistler und Falko Trischler bekräftigen deshalb, dass für Prognosen neben dem Alten- auch der Gesamtquotient der Bevölkerung zu berücksichtigen ist.¹² In den siebziger Jahren betrug der Gesamtquotient zum Beispiel 76 Prozent, ohne dass damit Versorgungsprobleme verbunden gewesen wären; ein Jahrzehnt später sank er auf 56 Prozent, das heißt der Anteil der Erwerbsbevölkerung stieg - allerdings damals auch die Arbeitslosigkeit. Eine sinkende Zahl von Menschen im erwerbsfähigen Alter muss also nicht unbedingt dramatische Folgen nach sich ziehen. Die Autoren geben zu bedenken, dass es gar nicht so sehr auf den „Anteil an Personen im mittleren Erwerbsalter, sondern auch auf den Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung“ ankomme, der zum Beispiel von der Erwerbsbeteiligung von Frauen und insbesondere von der Zahl sozialversicherter Beschäftigungsmöglichkeiten abhängig sei.¹³ Mit 53 Prozent liegt die Relation von Erwerbstätigen zur Gesamtbevölkerung derzeit so hoch wie nie (im Babyboomer-Jahr 1970 waren es 44,2 Prozent).¹⁴ Auch hier ist nichts gesagt über die Qualität der Arbeitsplätze und die damit verbundene soziale Lage; aber wenn man eine weiterhin steigende weibliche Erwerbstätigkeit und außerdem Einwanderungsgewinne unterstellt, würde der dennoch zu erwartende Rückgang von heute 41,9 Millionen Erwerbstätigen (2012) auf geschätzte 32,7 im Jahr 2050 durch den zu erwartenden Anstieg der Produktivität wettgemacht werden können.¹⁵ Gar nicht davon zu reden, dass es bei einer schrumpfenden Gesamtbevölkerung auch gar nicht mehr so vieler Erwerbstätiger bedarf, um sie zu versorgen.¹⁶ Der Demografisierung gesellschaftlicher Probleme und den davon abgeleiteten „Sachzwängen“ ist also höchst kritisch zu begegnen. Weder ist das reproduktive Verhalten unmittelbar durch familienpolitische Maßnahmen zu beeinflussen ¹⁷, noch ist gesellschaftlicher Wohlstand von der Kinderquote abhängig. Man muss nicht dem von Gunnar Heinsohn dramatisierten *youth bulge* und einer von ihm besonders in islamischen Ländern heraufbeschworenen Gefahr vieler unversorgter Söhne das Wort reden ¹⁸, um zu erkennen, dass Länder mit einem hohen Jugendquotienten nicht unbedingt besser dastehen als eine „Altenrepublik“.

- ¹Plato zit. nach: Karl Otto Hondrich: Weniger sind mehr. Warum der Geburtenrückgang ein Glücksfall für unsere Gesellschaft ist. Frankfurt 2007, S. 231.
- ²„Vergreiste Republik“: Dossier-Titel der ZEIT 2/2003; Franz Müntefering: Krieg der Generationen, in: Süddeutsche Zeitung, 27.05.10; Franz Schirmmacher: Das Methusalem-Komplott, 2004; Herwig Birg: Demografische Zeitenwende, 2001; Demographische Bedrohung, Studie der Bertelsmann-Stiftung 2003.
- ³Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 19.03.06.

- [4a4b](#)Vgl. Heike Kahlert: Demografische Frage, „Qualität der Bevölkerung“ und pronatalistische Politik sowie Ulrike Baureithel: Baby-Bataillone, beides in: Prokla Nr. 146, 2007, S. 25ff und 61ff.
- [5](#)Diese und folgende Daten, wenn nicht anders vermerkt: Statistisches Bundesamt.
- [6](#)Vgl. Olga Pötzsch: Wie wirkt sich der Geburtenaufschub auf die Kohortenfertilität in West und Ost aus? In: Wirtschaft und Statistik, Februar 2013, S. 87-101.
- [7](#)Endgültige Geburten werden steigen, PM des MPI für Demografische Forschung 21.03.13.
- [8](#)Zuletzt in: ders. /Jürgen Korff: Altersarmut in einem reichen Land. In: Christoph Butterwegge u.a.: Armut im Alter, Frankfurt 2012, S. 175-188.
- [9](#)Simon Frost: Warm anziehen, in: Tagesspiegel, 10.01.13, S. 17.
- [10](#)Bernard Braun: Demografischer Wandel, in: Dr. med. Mabuse 195, Januar/Februar 2012, S. 22-25, hier S. 23.
- [11](#)Vgl. Rationierung der klinischen Versorgung von alten Menschen, Interview mit der Verfasserin in: Das Parlament, 22.11.04, S. 16.
- [12](#)Ernst Kistler/Falko Trischler: Altersarmut und Methusalem-Lüge, in: Butterwegge u. a., S. 164-174.
- [13](#)Ebd. S. 170f.
- [14](#)Ebd. S. 171f.
- [15](#)Vgl. Braun, S. 24.
- [16](#)Vgl. ebd. S. 25.
- [17](#)Vgl. Diana Hummel in diesem Heft, S. 23.
- [18](#)Gunnar Heinsohn: Söhne und Weltmacht. Terror im Aufstieg und Fall der Nationen, München 2003.

Informationen zur Veröffentlichung

Erschienen in:

GID Ausgabe 217 vom April 2013

Seite 7 - 9